Ehe- und Sexualberatung vor dem Sächsischen Landtag

Das kommunistische Straßenbauprogramm abgelehnt — Zeithain bleibt Gutsbezirk — Vorläufig keine Frauenklinik in Plauen — Bergbaufragen

83. Landtagssitzung

Der Landtag behandelte in seiner Sitzung am Donnerstag einen Antrag über die Aufhebung der Gutsbezirke Zeithain-Lager und Dresden-Albertstadt. Die Einwohner von Zeithain-Lager haben schon oft in Protestkundgebungen ihren Willen darüber zum Ausdruck gebracht und die Angliederung an die Nachbargemeinde verlangt. Das kümmert aber die Regierungsparteien wenig. Sie pfeifen auf die Einwohnerschaft der benachteiligten Gutsbezirke und lehnten die Eingemeindung ab. Sie wollen nur mit der Reichsregierung ins Vernehmen treten und auf die anderweite Unterbringung der Bewohner durch die Reichsregierung dringen. Das bedeutet, es bleibt alles beim alten.

Frauenklinik in Plauen

Die Linke hat im Haushaltausschuß A einen Antrag eingereicht, für die Errichtung einer Frauenklinik in Plauen 500 000 Reichsmark als ersten Teilbetrag zu bewilligen.

Genosse Schreiber geht in längeren Ausführungen darauf ein und wirft der Regierung Sabotage in dieser Frage vor. Der Versuch der Regierung, die Schaffung von Krankenhäusern zu verhindern, müsse scharf bekämpft werden. Besonders schildert er die katastrophalen Verhältnisse in der Amtshauptmannschaft Stollberg, im Annaberger Bezirk und in Glauchau. Die kommunistische Fraktion wird für die Minderheitsanträge eintreten, in denen die Mittel für den sofortigen Bau der Frauenklinik in Plauen gefordert werden.

Die Abstimmung darüber wird ausgesetzt.

Finanzministerium

Hierzu lag ein kommunistischer Antrag vor, in dem zum Zwecke der Vereinfachung der Verwaltung und zur Verringerung der Positionen, vor allem der höheren Bureaukratie, verlangt wird

1. **die drei Abteilungen des Finanzministeriums in zwei zusammenzulegen;**
2. **die freiwerdenden höheren Beamten abzubauen;**
3. **die freiwerdenden mittleren und unteren Beamten anderweit im Staatsdienst zu verwenden;**
4. **das Gehalt des Finanzministers abzulehnen.**

Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und Sozialdemokraten; die bürgerliche Mehrheit lehnte ihn ab.

Staatsstraßen, Wege- und Wasserwesen

Der Zustand der Straßen ist heute katastrophal. Deshalb fordert die kommunistische Landtagsfraktion,

alle sogenannten schwarz-gelben Straßen sofort auf den Staat zu übernehmen und die Verhandlungen mit den Gemeinden wegen der Uebernahme alobald wieder aufzunehmen.

Weiter fordert die kommunistische Fraktion,

für die Erneuerung der kommunalen Durchgangsstraßen ein fünfjähriges Bauprogramm aufzustellen; im außerordentlichen Etat als erste Rate 30 000 000 RM einzustellen und die von den Bezirksverbänden nach Paragraph 146 der Gemeindeordnung aufzubringenden Mittel für den Straßenbau zur Hälfte auf den Staat zu übernehmen.

Genosse Schreiber begründet diese Anträge ausführlich und weist nach, daß die jetzt bestehenden Zustände im Straßenwesen unhaltbar sind und beseitigt werden müssen. Das ist aber nur mit staatlicher Hilfe möglich, weil die Finanzlage der Gemeinden einfach trostlos ist. Besonders nimmt er sich die SPD vor, die vorgibt, für ein fünfjähriges Straßenbauprogramm zu sein, aber die Mittel dazu ablehnt. Mit derartigen Gesten schafft man keine besseren Straßen, sondern nur durch Bereitstellung der notwendigen Mittel.

Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt, teilweise stimmen auch die Sozialdemokraten dagegen.

Die im Etat vorgesehenen Mittel zur Förderung des Luftfahrwesens werden gegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

Mit der Beratung des Kap. 31 des ordentlichen Staatshaushaltplanes — Medizinalpolizei — wird die Behandlung der Errichtung von

Ehe- und Sexualberatungsstellen sowie eines wirklichen Schwangerschaftsschutzes

verbunden.

Der im Haushaltausschuß A dazu gestellte Antrag der kommunistischen Fraktion verlangt **Beratungsstellen für Frauenschutz, Sexual- und Eheangelegenheiten.**

Genosse Böttcher wendet sich gegen die §§ 218 und 219, die ein Zuchthausgesetz gegen die minderbemittelte Bevölkerung darstellen. Auch in der Ehe- und Sexualberatung gibt es, so führt Genosse Böttcher aus, eine bürgerliche und eine proletarische Auffassung. Das Proletariat vertritt in erster Linie den sozialen Gesichtspunkt, das Bürgertum den der Geburtenregelung im Interesse des bestehenden Staates. Die Beratungsstellen haben die Aufgabe zu erfüllen, **ärztliche, rechtliche** und **fürsorgliche Beratung** und **Hilfe** zu bringen. Der Redner geht auf Professor Sellheim ein, der die Geburt von 5, 6 und mehr Kindern in einer Familie für notwendig hält, wenn große Männer geboren werden sollen. Allerdings sei die bürgerliche Gesellschaft dazu nicht in der Lage, da sie auf Grund ihrer Dekadenz zum Teil zeugungsunfähig sei. Den Rückgang der Geburten glaubte Sellheim durch eine Junggesellensteuer zu beheben.

In der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung führte Genosse Böttcher aus, daß

der § 218 ein Zwangsparagraph zur Schwangerschaft für die besitzlose Klasse sei. Im Gegensatz dazu führt er die vorbildlichen Verhältnisse auf diesem Gebiete in Sowjetrußland an.

Die Richtlinien der Regierung über die Sexualberatung unterzieht er dann einer scharfen Kritik und betont, daß die Erfahrungen der Berliner Beratungsstellen gute sind.

Eheberatungsstellen haben aber nur dann einen Zweck, wenn auch Aufklärung über die Schwangerschaftsverhütung erfolgt und im Gegensatz zur sozialdemokratischen Auffassung auch auf Unverheiratete auf Grund der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ausgedehnt wird. Die Ehescheidung bedürfe ebenfalls dringend einer Reform. Die kommunistischen Vertreter im Ausschuß hätten auch in Abänderungs- und besonderen Anträgen ihre Auffassung niedergelegt, aber die Mehrheit habe sie abgelehnt. Genosse Böttcher legt noch die Stellung der Kommunisten zu den Aerzten dar und führt zum Schluß aus, daß es Aufgabe der proletarischen Organisationen sei, Abhilfe zu schaffen.

Alle kommunistischen Anträge und die Abänderungen der Richtlinien über Ehe- und Sexualberatung werden abgelehnt. Desgleichen auch der Minderheitsantrag bei Kap. 31, Medizinalpolizei, in dem gefordert wird:

Lockerung des Impfzwanges und Unterlassung von wiederholten Bestrafungen bei Impfverweigerung.

Die geforderte Verstaatlichung des Hebammenwesens wird ebenfalls abgelehnt.

Genosse Schreiber spricht zum Kapitel **Bergämter und Oberbergamt** und begründet folgenden Entschließungsantrag der kommunistischen Fraktion:

1. **die Rechte der Grubenkontrolleure dahin zu erweitern, daß**
   a) bei der Feststellung von Mißständen, die das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter bedrohen, die betreffenden Betriebspunkte bis zur Beseitigung der Mißstände stillzulegen;
   b) selbständig Strafen bis zur Höhe von 100 RM zu verhängen;
   c) selbständig Strafantrag gegen die Grubenverwaltung bei Vernachlässigung der Sicherheit bei der Staatsanwaltschaft zu stellen;
2. **Die Anwerbung ausländischer Arbeiter für den sächsischen Steinkohlenbergbau wird verboten. Die bisher angeworbenen Arbeiter sind auf Kosten der Werke in ihre Heimat zurückzuführen.**
3. **Die Eingabe 2119 der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.**

Der kommunistische Antrag wird in allen Teilen abgelehnt, ebenso ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Gegen die kommunistischen Stimmen wird das Kapitel dann nach der Vorlage genehmigt.

Porzellanmanufaktur Meißen. Im Ausschuß beantragten die kommunistischen Vertreter die Direktion zu veranlassen, daß Arbeiter- und Angestellten-Erholungsheim Bärenfels so auszubauen, daß es den hygienischen und sozialen Anforderungen, die an ein Erholungsheim gestellt werden müssen, entspricht. Zur Durchführung dieser Maßnahmen sind im laufenden Jahre 20 000 RM einzustellen. Weiter fordert sie den am 9. Februar d. J. von der Direktion der Porzellanmanufaktur fristlos entlassenen Maler Adolf Bundel in Dobritz wieder einzustellen.

Genosse Böttcher führt aus, daß die Löhne sehr niedrig sind, trotz der hohen Arbeitsleistung und der gesundheitsschädigenden Tätigkeit in der Porzellanmanufaktur. Der Achtstundentag stehe nur noch auf dem Papier. Als besonderer Willkürakt müsse die Entlassung Bundels bezeichnet werden. Er fordert die Wiedereinstellung desselben und die Bewilligung von 20 000 RM für das Erholungsheim Bärenfels. Genosse Böttcher wendet sich gegen die Regierung, die die Mittel dazu ablehnt. Für die Lotterie des Heimatvereins von Meißen werden aber die Gegenstände zur Verfügung gestellt auf Risiko der Manufaktur.

Zur Pensionskasse übergehend, sagt er, daß die jetzige Regelung unannehmbar sei. Der Finanzminister habe auch nicht über die Höhe der Pensionssätze gesprochen. Nur auf dem Boden des Klassenkampfes wird es der Belegschaft möglich sein, ihre Interessen gegen die Bürgerblockparteien zu vertreten. Beschlossen wird in Berlin eine Niederlage der Porzellanmanufaktur zu errichten und die Mittel dazu in einem besonderen Nachtragsetat zu bewilligen.

Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt, ebenso die Anträge der SPD.

Nächste Sitzung Dienstag den 3. Juli 13 Uhr.

Der Polizeipräsident Fleißner entfernt Sozialdemokraten aus den Kommandostellen

Die Kommandostellen bei der Polizei waren bisher von den Beamten der blauen Polizei besetzt. Ein großer Teil dieser Polizeibeamten sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Darunter befinden sich Polizeibeamte, die in jahrzehntelangem Dienst große Erfahrungen gesammelt haben. Es ist wohl begreiflich, daß diese Beamten nicht unbesehen und ohne weiteres jede Anweisung und Anordnung der Herren Polizeipräsidenten für richtig halten. Das wurde dem Herrn Polizeipräsidenten Fleißner in Leipzig und seinem Kollegen Kühn in Dresden sehr unangenehm. Aus allem, was wir über die Tätigkeit dieser beiden Herren gehört haben, ist festzustellen, daß sie am liebsten Beamte haben möchten, die im militärischen Drill erzogen sind und alle Befehle und Anweisungen blindlings befolgen. Die Umorganisierung bei der Polizei gibt diesen Herren die Möglichkeit, ihnen unliebsame Beamte aus den Kommandostellen zu entfernen. Wenn uns berichtet wird, daß Herr Kühn, der Alte Sozialdemokrat, aus den Kommandostellen alle sozialdemokratischen Polizeibeamten entfernt hat, so kann man das schließlich verstehen. Wenn aber jetzt auch berichtet wird, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner ebenfalls bemüht ist, seine sozialdemokratischen Parteigenossen aus den Kommandostellen bei der Polizei zu entfernen, so ist das ein sehr bedeutsamer Vorgang. Er läßt auf die Wandlungsfähigkeit des Herrn Polizeipräsidenten schließen. Ihm ist sogar die Kritik seiner eigenen Parteigenossen unangenehm, und dieser Polizeipräsident, der seine Parteigenossen natürlich auf geschicktem Wege aus den Kommandostellen entfernt, ist zugleich Führer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Leipzig. Ein Beweis dafür, was in der Sozialdemokratischen Partei alles möglich ist.

Die Polizei vor dem Haushaltausschuß A

Im Haushaltausschuß A begannen gestern die Beratungen über den Polizeietat. Der Berichterstatter Liebmann (SPD) übte an den Zuständen bei der Polizei in langen Ausführungen scharfe Kritik. Liebmann war in der Lage, eine derartige Fülle von Material über die Militarisierung der Polizei, über Uebergriffe der Polizeioffiziere vorzutragen, daß man zu dem Schluß kommen muß, die Militarisierung der sächsischen Polizei geht weiter und hat schlimmere Formen angenommen denn je. Die Einzelheiten, die Liebmann vortrug, sollen bei Gelegenheit einer Betrachtung unterzogen werden.

Die Antwort, die die Regierung auf die Anklage Liebmanns gab, war im Grunde genommen eine Bestätigung der Anklage.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion zum Polizeietat wurden vom Genossen Siewert begründet. Die Kritik, die Liebmann an den Zuständen am Apparat der Polizei geübt hat, wurde unterstrichen. Genossen Siewert ging besonders auf die Vorgänge beim Jugendtag in Chemnitz und bei der Beerdigung des Genossen Richter ein. Er stellte die Uebergriffe der Polizei fest und verlangte, daß diese Zustände unterbunden und die Schuldigen an den Verstößen bestraft werden müssen. Die Regierung hat über die Vorgänge anläßlich des Jugendtages Erkundigungen eingezogen; natürlich bestreitet die Chemnitzer Polizeiverwaltung die Anklage. Es ist einfach nicht wahr, oder sie hat derartiges nicht feststellen können. Das sind die üblichen Ausreden, die man von der Spitze der Chemnitzer Polizei gewöhnt ist. Bestätigen mußte die Regierung den Skandal, der durch die Polizei bei der Beerdigung des Genossen Richter vollführt wurde. Die Regierung erklärte, daß derartige Dinge nicht mehr vorkommen sollen.

Genosse Siewert erhob scharfe Anklagen gegen die Polizei als Machtorganisation des kapitalistischen Staates. Er trat ein für die wesentlichsten Forderungen der Organisationen der sächsischen Polizeibeamten, soweit sie eine Verbesserung für die Polizeimannschaften fordern. Er erklärte, daß die Kommunisten bereit sind, alles zu tun, was zur Verbesserung der Lebenshaltung der schlecht bezahlten Polizeibeamten beitragen kann.

Aus Protest gegen die bestehende Regierung, gegen den kapitalistischen Staat, die die Polizei als brutales Gewaltmittel zur Unterdrückung der Arbeiterklasse benutzen, werden die Kommunisten den Polizeietat ablehnen.

Kommunistische Anträge zu den Staatstheatern

Die KPD-Fraktion fordert:

1. Die Regierung zu beauftragen, die Stelle des Generalintendanten neu zu besetzen.
2. Nach § 15 der GO des Landtages einen Ausschuß einzusetzen, der in ähnlicher Weise wie die Beiräte bei den Staatsbetrieben die Aufgabe hat, die Kunst- und Personalpolitik, sowie den Geschäftsbetrieb der Staatstheater zu fördern und zu überwachen.
3. Im Kap. 60 A neu einzustellen: 30 000 RM als Prämienfonds der Sächsischen Staatstheater zur Ausschreibung und zum Ankauf hervorragender Bühnenwerke zeitgenössischer Künstler aus den Gebieten der Literatur und Musik. Die Mitwirkung der Berufsorganisationen der Schriftsteller, Bühnenkünstler und Musiker bei der Verteilung der Mittel ist sicherzustellen.
4. Die von der Regierung über die Organisation der Staatstheater und ihre Verteilung dem Landtage vorgelegte Denkschrift entspricht nicht dem Beschluß des Landtages vom 6. Juli 1927. In der Begründung dieses Antrages wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Denkschrift eine eingehende Darlegung über die künstlerischen, technischen, personellen Vorgänge sowie Verwaltungsaufgaben, Differenzen und künftige Pläne der Theaterleitung auf diesen Gebieten enthalten sollte. Die Denkschrift wird diesen Anforderungen nicht im entferntesten gerecht. Die Regierung wird deshalb beauftragt, dem Landtage eine neue Denkschrift, die den obigen Anforderungen entspricht, vorzulegen.
5. Die Regierung wird beauftragt, dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten über die Schaffung einer Interessengemeinschaft der öffentlichen Theater (Staats- und Gemeindetheater) in Sachsen. Die Interessengemeinschaft soll sich zur Aufgabe stellen die Herbeiführung eines rationellen Theaterbetriebes mit Hilfe gegenseitiger Unterstützung in künstlerischer, technischer und personeller Beziehung. Die künstlerische Initiative der einzelnen Theaterleitungen soll durch diese Interessengemeinschaft gefördert werden.
6. Die Gehälter resp. Spielgelder für Chor, Chorschüler und Statisten, sowie der Handwerker, Feuerschutzbeamten, Hausmeister, Kapellgehilfen, Bühnenwarte, Amtsgehilfen und Pförtner sind entsprechend der fortgeschrittenen Teuerung zu erhöhen.
7. Die Betriebsmeister unter Tit. 4 erhalten eine gleichhohe Stellenzulage von 300 RM.
8. Die „Verfügungssumme" des Generalmusikdirektors unter Tit. 4 des Kap. 68 A in Höhe von 60 000 RM ist umzuwandeln in ein ordentliches Gehalt in der Höhe des gleichen Etatkapitels vom Jahre 1927.

Metallarbeiter!

Karl Marx sagt:

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Barone und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen im steten Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."

Diese klare und tiefe historische Wahrheit wird von den rechten Gewerkschaftsführern bewußt geleugnet. Länger schon als ein Jahrzehnt huldigen die reformistischen Gewerkschaftsspitzen der gelben Ideologie der Ueberbrückung der Klassengegensätze, der Arbeitsgemeinschaft und dem Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit. Für Geheim- und Regierungsräte, gegen die einträglichen Aemter „hoher" Verwaltungsposten und Ministerien verschacherten diese Krämer die unveräußerlichen Interessen und Lebensrechte der Arbeiterklasse.

Schluß damit.

Legt den Verderbern der Arbeiterbewegung ihr trauriges Handwerk! Zurück zu Karl Marx und Friedrich Engels!

Hoch die rote Sturmfahne des proletarischen Klassenkampfes!

Heran an die Heere, hinein in die Reihen der zielbewußten, unerschütterlichen Metallarbeiteroppposition!

Wählt Liste 3!